



Der Vorsitzende des
Haupt- und Finanzausschusses
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin Elke Kessel
Wiesbaden, 02.02.2017

1. Den Mitgliedern des
Haupt- und Finanzausschusses
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Haupt- und Finanzausschusses
am Mittwoch, 8. Februar 2017, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 07.12.2016

2. **16-F-02-0039**

Mehr Sicherheit für Wiesbaden
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 07.12.2016 -

ANLAGE: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Nr. 0510 vom 15.12.2016

3. **17-F-02-0001**

Mehr Sicherheit für Wiesbaden
-Antrag der CDU-Fraktion vom 31.01.2017-

Das Gefühl, in einem sicheren und geordneten Umfeld zu leben, ist von zentraler Bedeutung für die persönliche Lebensqualität. Nicht erst seit dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Berlin erodiert das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger. In Wiesbaden wurde schnell und

Seite 2 der Einladung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 8. Februar 2017

unbürokratisch auf diese Bedrohung reagiert, indem LKW die Zufahrten zum Wiesbadener Weihnachtsmarkt kurzfristig versperrten.

Da nicht zu erwarten ist, dass die Bedrohungslage sich ändert, geht es darum für die Bürgerinnen und Bürger eine größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten und dies nicht nur, aber insbesondere bei den großen Festen unserer Stadt auf den zentralen städtischen Plätzen.

Der Haupt- und Finanzausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

ein Konzept zum Schutz der Fußgängerzone sowie des Schloßplatzes und des Dern'schen Geländes gegen Amokfahrten zu entwickeln.

4. 17-F-10-0002

Erstellung eines polizeilichen Kriminalitätsatlases
-Antrag der AfD Stadtverordnetenfraktion vom 01.02.2017-

Der Haupt- und Finanzausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. Die Erstellung eines polizeilichen Kriminalitätsatlases beginnend ab dem Jahr 2018 zu veranlassen.
2. Die Zusammenarbeit mit den dafür nötigen Stellen der Stadtpolizei, der Landespolizei und des Landeskriminalamtes (LKA) zu initiieren.

5. 17-F-08-0009

Controlling von Zielvorgaben im doppelhaushaltlichen Haushalt
-Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 01.02.2017-

§ 10 Abs. 3 der Gemeindehaushaltsverordnung - Doppik (GemHVo-Doppik) fordert von den Kommunen bei der Aufstellung eines Gemeindehaushaltsplans, dass in den Teilhaushalten "produktorientierte Ziele unter Berücksichtigung des einsetzbaren Ressourcenaufkommens und des voraussichtlichen Ressourcenverbrauchs sowie Kennzahlen zur Zielerreichung bestimmt werden. Die Ziele und Kennzahlen bilden die Grundlage für die Erfolgskontrolle und Steuerung der Haushaltswirtschaft."

Bei der Lektüre des sehr umfangreichen Haushaltsplans 2016/17 der Landeshauptstadt Wiesbaden ist festzustellen, dass die genannte Vorschrift der GemHVo nur sehr ungenügend umgesetzt ist. Zielvorgaben mit Kennziffern sind in vielen Bereichen nicht vorhanden. Konkrete quantitative Aussagen zu den Kennziffern fehlen ganz überwiegend, ebenso entsprechende Angaben, die einen Vergleich mit vergangenen Zeiträumen ermöglichen.

Haushalte anderer Kommunen wie z. B. der Stadt Frankfurt oder des Kreistages Main-Taunus-Kreis lassen erkennen, was sinnvoll und möglich ist, um eine öffentliche, demokratische Kontrolle der Effizienz bei der Verwendung städtischer Gelder zu ermöglichen.

Der Haupt- und Finanzausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat möge dem Ausschuss mitteilen, wie die Vorgabe der GemHVo in § 10 Abs. 3 bei der Aufstellung des Haushaltsplans umgesetzt werden soll und in welchen Bereichen künftig Zielvorgaben mit Kennziffern, konkreten Angaben und Vergleichszahlen dargestellt werden.

6. 17-F-08-0010

Mitwirkung der Ortsbeiräte bei der Aufstellung des Haushaltsplans für die Jahre 2018/19
-Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 01.02.2017-

Im „Rahmen-Terminplan für die Aufstellung des Haushaltsplans 2018/19 und Investitionsplans 2017-2021“ ist vorgesehen, die Stellungnahmen der Fachämter zu den von den Ortsbeiräten vorgeschlagenen Maßnahmen erst mit Einbringung des Haushalts in den Magistrat am 19.9.2017 den Ortsbeiräten zur Verfügung zu stellen. Bereits mit Frist 6.10.2017 sind die Ortsbeiräte aufgefordert, ihrerseits Stellung zum Haushaltsplan-Entwurf zu nehmen. Dies erfordert für die Ortsbeiräte nicht nur die Terminierung einer (Sonder-) Sitzung in einem sehr kurzen Zeitraum, auch die Möglichkeit der Beschäftigung der ehrenamtlichen Ortsbeiratsmitglieder mit den Stellungnahmen der Fachämter ist unverhältnismäßig kurz.

Der Haupt- und Finanzausschuss wolle deshalb beschließen:

Der Magistrat möge die Stellungnahmen der Fachämter zu den von den Ortsbeiräten zum Haushaltsplan 2018/19 angemeldeten Maßnahmen unmittelbar nach der Übermittlung an den Kämmerer (Frist 30.6.17) zur Verfügung zu stellen.

7. 16-V-14-0002

DL 02/17-1

Gesamtabschluss der Landeshauptstadt Wiesbaden zum 31.12.2014 - Entlastung

8. Bericht des Stadtkämmerers zur aktuellen Haushaltssituation

9. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 16-V-01-0036

DL 01/17-1

Umwidmung eines Instandhaltungszuschusses an mattiaqua in einen Investitionszuschuss

2. 16-V-01-0037

DL 01/17-2

Instandhaltungszuschuss an mattiaqua - Umwidmung für den Austausch der Filteranlage
Hallenbad Kostheim

3. 17-V-04-0003

DL 03/17-10

ESWE-Verkehr zum modernen Mobilitätsdienstleister ausbauen

4. **17-V-04-0004** **DL 06/17-6, 04/17-4**
Citybahn Mainz-Wiesbaden
5. **17-V-20-0001** **DL 06/17-7, 04/17-5**
Investitionscontrolling 4. Quartal 2016
6. **17-V-20-0002** **DL 06/17-8, 04/17-6**
Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.12.2016 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
7. **17-V-20-0003** **DL 01/17-15**
Übersicht der durch den Magistrat bis 31.12.2016 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
8. **16-V-21-0004** **DL 01/17-4**
Änderung Zweitwohnungssteuersatzung
9. **16-V-21-0005** **DL 01/17-5**
Änderung Hundesteuersatzung
10. **16-V-36-0014** **DL 01/17-6**
Hochwasserschutz Wi.-Sonnenberg 2. BA, Budgetbereinigung
11. **16-V-36-0020** **DL 01/17-7**
Zuschuss Photovoltaikanlage auf der Dachfläche des neuen RheinMain Congresscenters
12. **17-V-39-0001** **DL 03/17-11**
Personalsituation im Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz, Bereich Tierschutz/Tierseuchen
13. **16-V-40-0035** **DL 06/17-2, 04/17-2**
Grundschule Hollerborn (Arbeitstitel) - Ausführungsvorlage

14. **16-V-40-0037** **DL 01/17-8**
Theodor-Fliedner-Schule - Sanierung Hauptgebäude, budgettechnische Umsetzung
15. **17-V-40-0002** **DL 01/17-16**
Riederbergschule Dachsanierung
16. **16-V-41-0023** **DL 56/16-8, 49/16-7**
Mauritius-Mediathek; Anpassung des Mietverhältnisses 2018
17. **16-V-41-0027** **DL 01/17-9**
Internationale Maifestspiele 2015; endgültiger Abschluss
18. **16-V-41-0028** **DL 01/17-10**
Hess. Staatstheater Wiesbaden; endgültiger Abschluss 2015 / Investitionszuschuss 2016
19. **16-V-51-0047** **DL 03/17-1**
Sicherung des Fachkräftebedarfs in Wiesbadener Kindertagesstätten. ESF-Projekt
„Quereinstieg für Männer und Frauen in Kindertagesstätten“ - Start 3. Jahrgang
20. **16-V-51-0048** **DL 03/17-2**
Sozialpädagogische Begleitung der Deutsch-Intensiv-Klassen an Schulen mit Schulsozialarbeit
21. **16-V-51-0050** **DL 03/17-3**
Förderung von Investitionen im Rahmen des Investitionsprogrammes
"Kinderbetreuungsfinanzierung" 2015-2018 für die Kindertagesstätten Sauerland und
Kellerstraße
22. **16-V-51-0051** **DL 03/17-4**
Bundesprogramm Sprach-Kitas; zweite Förderwelle 2017 - 2020
23. **16-V-52-0018** **DL 01/17-11**
Taunushalle Nordenstadt Generalsanierung - Grundsatzvorlage

24. 16-V-66-0230 DL 01/17-12
Theodor-Heuss-Ring - Einrichtung eines Fahrbahnteilers
25. 16-V-66-0308 DL 01/17-13
ÖPNV - Erneuerung von Busspuren
26. 16-V-66-0310 DL 06/17-5
Fahrbahndeckenprogramm WI und AKK 2017
27. 17-V-66-0202 DL 06/17-9, 04/17-7
Garagenfonds - Prioritäten 2017, 2018/19
28. 16-V-67-0010 DL 03/17-7
Bereitstellung von üpl-Mitteln zur Errichtung eines Grünschnittlagerplatzes

Nicht öffentliche Beratung:

29. 16-V-40-0026 DL 03/17-2 n.öff.
Stellenneuschaffungen Sozialpädagogen/Sozialarbeiter "Modellregion inklusive Bildung"
30. 17-V-80-2301 DL 06/17-1-n.öff.
Neubau Parkhaus Coulinstraße - Nachtrag Erbbaurechtsvertrag
31. 16-V-80-2341 DL 01/17-3-n.öff.
Neubau Parkhaus Coulinstraße - Änderung des Erbbaugrundstücks
32. 17-V-80-2303 DL 03/17-2 n.öff.
Verkauf eines Grundstücks
33. 17-V-80-2304 DL 06/17-2-n.öff.
Schulgrundstück - Teilverkauf

Seite 7 der Einladung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 8. Februar 2017

34. 16-V-80-2322

DL 01/17-2-n.öff.

Verkauf einer Grundstücksfläche im Gewerbegebiet Petersweg-Ost

35. 16-V-80-2342

DL 01/17-4-n.öff.

Verzeichnis der vom 1. Juli 2016 bis 30. September 2016 genehmigten Grundstücksgeschäfte

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Belz
Vorsitzender



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung I Punkt 5 der öffentlichen Sitzung am 15. Dezember 2016

Antrags-Nr. 16-F-02-0039**Mehr Sicherheit für Wiesbaden****- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 07.12.2016 -**

Im Mai 2013 hat die Stadtverordnetenversammlung die Einführung eines auf vier Jahre angelegten Sicherheits- und Sauberkeitsprojektes beschlossen. Im Rahmen dieses Projektes, welches am 30. April 2017 endet, wurde der befristeten Einstellung von 25 zusätzlichen Ordnungskräften zugestimmt. Im März 2016 hat die Stadtverordnetenversammlung eine Evaluation zur Kenntnis genommen die gezeigt hat, dass für die effiziente Aufgabenerfüllung des Ordnungsamtes die Weiterbeschäftigung der zusätzlichen Ordnungspolizeibeamten unerlässlich ist. Die Evaluation hat außerdem gezeigt, dass kein Sachgrund für die Befristung der Stellen vorliegt. Mittlerweile wurden bereits drei Mitarbeiter in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übernommen.

Damit die Mitarbeiter noch vor Weihnachten Gewissheit über ihre berufliche Zukunft haben und zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Landeshauptstadt Wiesbaden, sollten die Verträge aller Mitarbeiter entfristet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Verträge der verbleibenden 22 Mitarbeiter des „Sicherheits- und Sauberkeitsprojektes“ werden zum 1. Mai 2017 entfristet. Die Mitarbeiter werden in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen.
2. Der Magistrat wird beauftragt, die dafür nötigen Planstellen zu besetzen und - wenn nötig - neue Planstellen beim Ordnungsamt zu schaffen. Dies soll so geschehen, dass eine nahtlose Weiterbeschäftigung der Mitarbeiter garantiert ist.
3. Die Finanzierung für die Übernahme aller 25 Mitarbeiter in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis auf Planstellen erfolgt aus der Allgemeinen Finanzwirtschaft. Das erforderliche Budget wird Dezernat VII ab dem Haushaltsjahr 2018 dauerhaft zugesetzt. Die Mindereinnahmen für das Haushaltsjahr 2017 werden einmalig durch die Allgemeine Finanzwirtschaft gedeckt.

Änderungsantrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 15.12.2016

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Ergänze nach Beschlussziffer 3:

4. Zur besseren Dokumentation der Umsetzung und der erfolgreichen Einsetzung der zusätzlichen Ordnungskräfte ist im Rahmen der bestehenden Systeme eine Berichtstruktur aufzubauen. Diese soll eine konkrete Zuordnung von Kosten und Einnahmen sowie die Entwicklung der Fallzahlen und Personalkosten ermöglichen.

Beschluss Nr. 0510

Der Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 07.12.2016 betr.

Mehr Sicherheit für Wiesbaden

wird wie folgt angenommen:

1. Die Verträge der verbleibenden 22 Mitarbeiter des „Sicherheits- und Sauberkeitsprojektes“ werden zum 1. Mai 2017 entfristet. Die Mitarbeiter werden in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen.

Die Ziffern 2 und 3 und die ergänzte Ziffer 4 werden zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Haupt- und Finanzausschuss überwiesen:

2. Der Magistrat wird beauftragt, die dafür nötigen Planstellen zu besetzen und - wenn nötig - neue Planstellen beim Ordnungsamt zu schaffen. Dies soll so geschehen, dass eine nahtlose Weiterbeschäftigung der Mitarbeiter garantiert ist.
3. Die Finanzierung für die Übernahme aller 25 Mitarbeiter in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis auf Planstellen erfolgt aus der Allgemeinen Finanzwirtschaft. Das erforderliche Budget wird Dezernat VII ab dem Haushaltsjahr 2018 dauerhaft zugesetzt. Die Mindereinnahmen für das Haushaltsjahr 2017 werden einmalig durch die Allgemeine Finanzwirtschaft gedeckt.
4. Zur besseren Dokumentation der Umsetzung und der erfolgreichen Einsetzung der zusätzlichen Ordnungskräfte ist im Rahmen der bestehenden Systeme eine Berichtstruktur aufzubauen. Diese soll eine konkrete Zuordnung von Kosten und Einnahmen sowie die Entwicklung der Fallzahlen und Personalkosten ermöglichen.

Dem Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, 21.12.2016

2. Dem Magistrat mit der Bitte um weitere Veranlassung


Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, 22.12.2016

Dezernat III i. V. m. Dezernat VII zu Ziffer 1 mit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Abdruck:
Dezernat III i. V. m. Dezernat VII zu Ziffern 2-4
Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme


Gerich
Oberbürgermeister